

Ergebnis einer der gegenwärtigen Verhandlung vorangegangenen vertraulichen Besprechung mitteilen dürfe, daß Adolf Kröner sich bereit erklärt habe, im Falle einer Amtsniederlegung des Gesamtvorstandes in einen vollkommen neu zu wählenden Vorstand einzutreten. Als Kandidaten zu den Vorstandssämtern wurden vorgeschlagen und von der Versammlung bestätigt: als 1. Vorsteher Adolf Kröner, 2. Vorsteher Dr. Eduard Brochhaus, 1. Schriftführer Dr. Geibel-Leipzig, 2. Schriftführer Müller-Wien, 1. Schatzmeister Wagner-Leipzig, 2. Schatzmeister Wichern-Hamburg.

In der Hauptversammlung des Börsenvereins am 19. Juni erstattete Paul Pary den Jahresbericht, an den er eine ausführliche Darlegung der Entwicklung der Rabattfrage bis zum heutigen Tage knüpfte. Zu dieser Mitteilung, auf deren Wortlaut, da sie kaum etwas Neues brachte, ich auf das Buch S. 552 u. ff. verweise, nahm Adolf Kröner das Wort zur Stellung und Begründung nachstehenden Antrages:

»Die Hauptversammlung wolle es ablehnen, demjenigen Teil des Geschäftsberichts, in welchem der Vorstand eine Erklärung betreffs Nichtanwendung des § 3 Ziffer 5 der Satzungen anheimgibt, ihre Genehmigung zu erteilen, in der Überzeugung, daß die ihr angekommene Erklärung gegen die Vereinsatzungen verstoßen und deshalb ungültig sein würde.«

Zur Begründung bezieht sich Kröner in gleicher Weise wie bei dem Antrag, der gemeinschaftlich mit Dr. Ed. Brochhaus und Franz Wagner gestellt ist, auf die ihm beigelegten Ausführungen. (S. 535.)

In seiner ausführlichen Rede wies Kröner darauf hin, daß er von Anfang an eine vermittelnde Stellung auch in der Rabattfrage eingenommen habe, er habe gesagt: »Man muß nach Möglichkeit den Bedürfnissen der einzelnen Städte und Provinzen Rechnung tragen, und dieses Prinzip hat schließlich Annahme gefunden gegenüber einer starken Partei, welche beabsichtigte, sofort einen Höchstabbatt von 5 Prozent in das Statut aufzunehmen.« Dagegen habe er sich in den Statutenrevisionsverhandlungen mit aller Macht gewehrt, weil er die Möglichkeit offen lassen wollte, örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Schon wenige Monate nach dem Inkrafttreten der neuen Satzungen habe der Vorstand »mit einem ganz außerordentlichen und mir unbegreiflichen Scharfblick« entdeckt, daß gerade die Satzungsbestimmungen, welche der Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Provinzen Rechnung tragen wollten, undurchführbar seien, »während die Berliner Sortimentler, wie sie uns hier gedruckt erklären, doch mindestens dreiviertel Jahr zu dieser Entdeckung brauchten«.

Auf Grund dieser nach 2 Monaten geschöpften Erkenntnis habe also der Börsenvereins-Vorstand einen Einheitshöchstabbatt von 5 Prozent durch das ganze Gebiet des Börsenvereins erklärt. Er sei sehr erschreckt gewesen, als er dies las, aber ihn tröstete der Umstand, daß er sich sagte: »Die Vorstandsmitglieder, welche in Berlin sitzen, haben sich höchstwahrscheinlich davon überzeugt, daß man in Berlin damit einverstanden ist, denn wenn sie sich nicht davon überzeugt hätten, so würden sie doch diesen Schritt schwerlich gewagt haben.«

Kröner erkennt das gute Recht der Berliner an, sich gegen die Begrenzung des Rabatts auf 5 Prozent aufzulehnen, wenn sie damit nicht einverstanden waren: »Die Berliner hatten so gut wie jeder andere Kreisverein das Recht, ihre Rabattnormen für Berlin zu regeln; das ist ihnen durch die Satzungen gewährleistet, und es ist in feierlicher Weise bei den verschiedensten Gelegenheiten ausgesprochen.«

Nun sei es aber dabei nicht geblieben, die Berliner seien noch einen Schritt weiter gegangen und haben erklärt, auch nach außen künftig 10 Prozent geben zu wollen. Der Vorstand habe sich sofort auf die Seite der Berliner gestellt und sinne der Hauptversammlung nun an, ihre Genehmigung, und zwar

auf statutenwidrige Weise zu geben.

Die Begründung dieses Ansinns sei ihm eine sehr ungenügende, es würde immer nur angeführt, daß etwas anderes undurchführbar sei. Er habe sich von der Undurchführbarkeit der Sache nicht überzeugen können. So habe sich die Gselliusche Buchhandlung darauf berufen, daß sie für Bücher, die sie nicht direkt vom Verleger beziehe, also antiquarisch erworben habe, besondere Preise machen könne. Dies sei gar nicht bestritten worden. Die Firma Mayer & Müller komme aber merkwürdigerweise zu einem ganz anderen Ergebnis, als der Vorstand. Diese Herren sagen nämlich nicht nur, daß sie zweierlei Rabatt geben dürfen und müßten, sie haben eine ganze Skala von Rabatten aufgestellt, »und zwar je nachdem der Mensch aussieht und begütert ist, der in ihren Laden kommt«.

Die Ablehnung der Eingabe des Börsenvereins-Vorstandes seitens des preußischen Staatsministeriums habe gewiß einen außerordentlich fatalen Eindruck gemacht. Man braucht aber doch nicht anzunehmen, daß auf erneute Vorstellungen nicht doch noch ein zusagender Bescheid kommt. Kröner versucht sich in die Lage der beiden sich bekämpfenden Parteien hineinzuberufen. Die beiden Standpunkte, der der Berliner, die sagen, sie können nicht existieren, wenn sie nicht 10 Prozent durch ganz Deutschland gewähren, und der der Provinzialsortimenter, die sagen, sie können nicht existieren, wenn sie von außen genötigt werden, mehr als 5 Prozent zu gewähren, widersprechen sich direkt, und es möge Aufgabe der verständigen Verleger, sowie des Börsenvereins-Vorstandes sein, diese Gegensätze nach Möglichkeit auszugleichen.

Der Börsenvereins-Vorstand begründe die Gewährung von 10 Prozent für ganz Deutschland mit der Sorge um die Erhaltung des Provinzialbuchhandels. Er sagt, er müsse die Provinz davor schützen, daß die Berliner einen Rabatt geben dürfen, der ihnen nicht erlaubt sei. Ich glaube nicht, daß es Aufgabe des Vorstandes ist, in dieser Weise Vorsehung zu spielen. Er möge es doch dem Provinzialbuchhandel überlassen, wenn er es für gut befindet, sich auf satzungsmäßige Weise diese 5 Prozent erhöhen zu lassen.

Es sei ja die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß das Erstrebte trotz alledem nicht durchgeführt werden könnte. Dann müssen eben die nötigen Maßregeln zur Änderung der Satzungen ergriffen werden. Auch hier müsse er wiederum den Berliner Kollegen ein Lob aussprechen, denn sie haben vom Vorstand eben verlangt, daß er die satzungsmäßigen Mittel ergreife, um die Änderung des betreffenden Paragraphen herbeizuführen.

Auch die Befürchtung des Vorstandes, daß alle Verleger, oder fast alle, einen Vorstand, der es wagte, das Statut auszuführen, verlassen würden, hat auf mich, so ernst die Sache ist, einen fast heiteren Eindruck gemacht. Es wird ja ganz darauf ankommen, auf wen der Verleger größeren Wert legt, auf den Provinzialbuchhandel oder auf die Berliner. Er persönlich halte den Absatz des gesamten Provinzialbuchhandels für größer und glaube, daß er ein mächtiges Interesse habe, diesen Provinzial-Sortimentsbuchhandel zu erhalten, und zwar solid zu erhalten.

Kröner bittet seine langjährigen Mitarbeiter und Freunde am Vorstandstisch, ihm zu glauben, »daß es mir hart angekommen ist, nachdem ich jahrelang so oft an Ihrer Seite und in Ihrem Namen und Sinne gesprochen habe, heute gegen Sie zu sprechen. Es war nicht zu umgehen. Es war eine Notwendigkeit. Ich war es der Sache schuldig. Ich bin dabei der Überzeugung, daß Sie durchaus in bester Absicht gehandelt haben.«

In seiner Antwort knüpft Pary an die letzten Worte des Vorredners an und erklärt vor der Versammlung folgendes aussprechen zu sollen:

»Es ist dem Vorstand im Laufe dieses grauenvollen Jahres nichts an Widerwärtigkeiten erspart worden. Mündlich, in